

Seniorenpolitik im demografischen Wandel

Rede

Bundesministerin Dr. Kristina Schröder

anlässlich der 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union

im Ruhrfestspielhaus Recklinghausen

unter dem Motto: *Senioren: Rückgrat der Gesellschaft*

3. September 2012

Anrede,

I.

Vielen Dank für die freundliche Begrüßung.

Es ist, glaube ich, unübersehbar,
dass ich mit großem Abstand
eine der Jüngsten hier im Raum bin.

Das ist ein Gefühl, das ich kenne, seit ich Politik mache,
denn ich habe damit ja relativ früh angefangen.

Insofern macht mir das nichts aus.

Allerdings ist mir natürlich klar,
dass eine Bundesseniorenministerin ohne Gesichtsfalten
zunächst mal auf eine gewisse Skepsis stößt.

Wenn ich komme und sage,
dass die Lebensphase Alter in all ihren Facetten an Bedeutung
gewinnen wird,
dann sagen Sie vielleicht:

*„Moment mal - was weiß die Frau Schröder denn
mit ihren 35 Jahren über die Facetten des Alters?“*

Sehen Sie – und das ist ein Problem,
das zum Beispiel der Bundesverkehrsminister nicht hat.

Den fragt keiner,
ob er schon mal selbst im Cockpit eines Flugzeugs gesessen
ist oder Erfahrung als Lokführer hat,
wenn er sich zur Bedeutung des Flug- und Schienenverkehrs
für die Zukunft Deutschlands äußert.

Anders bei mir:

Ich bin ja für Jugend- und Seniorenpolitik gleichzeitig zuständig,
und deshalb habe ich gleich ein doppeltes Problem:
Ich bin zu jung, um alt zu sein,
und zu alt, um jung zu sein.

Die Senioren halten mich für zu jung,
um Politik für ältere Menschen zu machen,
und die Jugendlichen für zu alt,
um Politik für Jugendliche zu machen.

Ich kann Ihnen aber sagen, meine Damen und Herren:
Diese Bedenken sind unbegründet!

Ich will gar nicht so tun, als ob ich wüsste,
wie es ist, über 60 zu sein.

Ich glaube auch nicht, dass es darauf nur eine Antwort gibt.

Worauf es ankommt ist doch,
offen zu sein für die Vielfalt des Alters –
- für die Vielfalt an Lebensentwürfen, Zukunftsplänen,
Interessen und Bedürfnissen älterer Menschen –
Es kommt darauf an, Politik für und mit älteren Menschen
auf diese Vielfalt auszurichten.

Da würde es mir wenig nützen, selbst 65 zu sein,
denn auch das wäre dann nur eine Perspektive
von vielen unterschiedlichen Perspektiven.

Ich habe mich jedenfalls gefreut zu lesen,
dass es auch eine Kernforderung Ihres Leitantes ist:
der Vielfalt des Alters Rechnung zu tragen.
Auch der sechste Altenbericht der Bundesregierung
unterstreicht das.

Ich sehe dabei ganz grundsätzlich zwei Richtungen:

Alt sein heißt zum einen mehr denn je:
geben zu können – und gebraucht zu werden.
Viele Ältere, die sich noch fit und leistungsfähig fühlen,
suchen eine Aufgabe und fordern zu Recht
faire Chancen auf Teilhabe,
zum Beispiel über Arbeit oder Engagement.

Und natürlich müssen wir auf der anderen Seite auch an Krankheit und Hilfsbedürftigkeit denken, wenn vom Altwerden die Rede ist.

Ältere wollen so lange wie möglich die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben bekommen – auch bei Pflegebedürftigkeit.

Mit meiner Seniorenpolitik will ich für beides die politischen Rahmenbedingungen schaffen und ich freue mich, mit Ihnen heute darüber sprechen zu können. Herzlichen Dank für Ihre Einladung!

II.

Politik für ältere Menschen wird ja schon allein deshalb immer wichtiger, weil in einer Gesellschaft des langen Lebens immer mehr Menschen zu dieser Altersgruppe gehören.

Aber genau darin liegt auch eine große Chance, die wir in die politischen Antworten auf den demografischen Wandel mit einbeziehen müssen:

„(...) die Potenziale des Alters stärker nutzen!“

– ist das entsprechende Stichwort in Ihrem Leitantrag.

Diese Potenziale heißen:

Wissen, Erfahrung, Zeit, Engagement,
die Bereitschaft, füreinander da zu sein,
der Wunsch, sich einzubringen und etwas zu bewegen ...-
All das zeichnet ältere Menschen aus!

Und diese Potenziale, diese wertvollen Talente,
brauchen wir in einer Gesellschaft des langen Lebens
noch mehr als bisher,
um bei allen Herausforderungen vor denen der demografische
Wandel uns stellt,
den Zusammenhalt zwischen Jung und Alt zu erhalten.

In der Familie ist der Zusammenhalt der Generationen
ja längst gelebter Alltag: Alt und Jung sind füreinander da.
Viele Menschen unterstützen ihre eigenen,
häufig berufstätigen Kinder.

Wenn die Enkelin Windpocken hat oder das künftige
Kinderzimmer des Enkels renoviert werden muss,
dann funktioniert der Zusammenhalt in der Familie:

- egal, ob man Tür an Tür wohnt
- oder hunderte Kilometer voneinander entfernt.

Diesen Zusammenhalt in den Familien
will ich z.B. mit der Ausweitung der Großelternzeit stärken.

Denselben Zusammenhalt brauchen wir aber auch
in unserer Gesellschaft:

Menschen, die sich aufeinander verlassen,
und die füreinander Verantwortung übernehmen!

Das setzt Angebote und Strukturen voraus -
wie sie auch Ihr Leitantrag einfordert:

Strukturen, die allen Menschen ermöglichen,
sich dort einzubringen, wo sie sich engagieren möchten
und wo sie gebraucht werden.

Deshalb war es mir beispielsweise so wichtig,
den Bundesfreiwilligendienst für Ältere zu öffnen.

Der Bundesfreiwilligendienst ist am 1. Juli ein Jahr alt geworden
und entgegen aller Unkenrufe ein Riesenerfolg.

Und etwa jeder fünfte „Bufdi“ – wie wir die Freiwilligen liebevoll
nennen - ist über 50, und einige sogar über 75.

Für mich ist das, das sage ich Ihnen offen,
eine echte Genugtuung.

Was habe ich mir nicht alles anhören müssen,
während wir mit Hochdruck daran gearbeitet haben,
den Bundesfreiwilligendienst auf die Beine zu stellen
und für alle Altersgruppen attraktiv zu machen!

Niemals würden sich genügend Freiwillige finden
für so einen Dienst, hieß es,
erst recht nicht unter älteren Menschen.
Dieser Dienst würde zum "Rohrkrepierer" werden.

Heute – nur ein gutes Jahr später – sieht es so aus,
dass die Nachfrage nach Plätzen
sogar noch deutlich größer ist als das Angebot.

Da kann ich nur sagen:
Die Kritiker des Bundesfreiwilligendienstes
haben die Motivation der Menschen, sich zu engagieren,
offenbar gewaltig unterschätzt.

Zum einjährigen Jubiläum gab es in den Medien ja viele gute Beispiele von Menschen zu sehen, die sich im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes engagieren.

Ich erinnere mich zum Beispiel an eine 70-jährige, die Menschen auf einer Palliativstation betreut – Frau Thomas. Das war ein Beitrag in der Tagesschau.

Es hat mich unglaublich beeindruckt, wie die Dame sich um Schwerstkranke kümmert, die kaum älter sind als sie. Sie sagte dazu, dass sie den Patienten die Freude und Stärke bringen will, die sie in sich fühlt.

Mich haben diese Worte sehr gefreut!
Denn sie machen deutlich, dass gerade ältere Menschen im Bundesfreiwilligendienst, eine Chance sehen.

Und davon profitieren wir alle, denn ältere Menschen haben ja oft eine Stärke und Erfahrung, die uns Jungen noch fehlt.

III.

So wie Frau Thomas wollen sich viele Frauen und Männer in Deutschland auch als Rentner noch mit ganzer Kraft einsetzen. Das Bild vom Alter als sprichwörtlicher „Ruhestand“ ist ganz offensichtlich nicht mehr zeitgemäß.

Wenn Menschen sich früher aus dem Erwerbsleben verabschiedeten, dann hatten sie vielleicht noch fünf oder zehn Jahre zu leben – und das war dann, bedingt durch Krankheit und Altersschwäche, meist tatsächlich der „Ruhestand“.

Heute haben viele Menschen mit 65 noch 25 Jahre und mehr vor sich – und den meisten ist es vergönnt, einen großen Teil davon in guter Gesundheit zu erleben.

Wenn ich meine eigenen Eltern anschau,
kann ich nur sagen:

Die würden es als Beleidigung empfinden,
wenn man ihnen den Lehnstuhl hinschieben würde.

Die Lebensphase Alter ist längst zum „Unruhestand“ geworden:

Zeit für sich selbst, Zeit für die Familie, aber auch Mitmachen und Mitgestalten, etwas für die Gemeinschaft tun – solche Dinge stehen im Vordergrund.

Sie bringen es in Ihrem Leitantrag auf den Punkt:
Wer heutzutage das Rentenalter erreicht,
gehört eben noch lange nicht zum „alten Eisen“!

Mittlerweile setzt sich ja auch in immer mehr Betrieben die Erkenntnis durch, dass es sehr unklug ist,
in über 65jährigen nur die Ruheständler zu sehen.

So hat der Versandhändler OTTO vor ein paar Wochen angefangen, einige pensionierte Mitarbeiter für bestimmte Projekte zurück in die Firma zu holen, weil ihre Erfahrung dringend gebraucht wurde.

Mit einem öffentlichen „Revitalisierungsprogramm“ werden frühere Mitarbeiter angesprochen, die in den Ruhestand gewechselt sind.

(WELT online, 24.8.2012: Bewerben müssen sich die arbeitswilligen Pensionäre bei einer eigens gegründeten Firma mit dem Namen „Otto Group Senior Expert Consultancy GmbH“.)

Bei OTTO hatte man nämlich gemerkt, dass viele Sachen ohne das Fachwissen der Ehemaligen einfach nicht funktionieren:

- Zum Beispiel gibt es ständig alte IT-Systeme, die in ein neues System überführt werden müssen. Dazu sollte man aber auch die Tücken und Besonderheiten der alten Computer-Programme kennen.
- Oder auch für Handelskonzepte im Internet braucht man die Beratung der Pensionäre:
Denn wer sollte besser wissen als sie selbst, wie und in welcher Schriftgröße Ältere online angesprochen werden sollten.

Und das Konzept hat prima funktioniert:

Bei den Angesprochenen kam vor allem das Gefühl an, weiterhin gebraucht zu werden, und als andere Pensionäre davon gehört haben, fingen sie gleich an, Bewerbungen zu schreiben.

Das ist übrigens – neben dem Bundesfreiwilligendienst – ein weiteres gutes Beispiel für die vielen notwendigen Perspektivenwechsel in einer Gesellschaft des langen Lebens:

Wir diskutieren ja immer die Frage des Länger-Arbeiten-Müssens.

Wenn Menschen aber am Ende länger arbeiten wollen, wohnt dem doch die fabelhafte Chance inne, dass sie zwischendurch mehr Pausen machen können, sich mehr Zeit für das nehmen können, was ihnen neben der Arbeit wichtig ist.

Darin sehe ich eine große Chance auch für die junge Generation:

Wenn nach hinten mehr Spielraum ist, lässt sich der Lebenslauf entzerren.

Dann kann man – und damit meine ich Männer genauso wie Frauen – es sich viel eher leisten, zwischendurch mal für die Familie beruflich etwas kürzer zu treten.

Ein längeres Arbeitsleben lässt Raum für Anpassung an individuelle Bedürfnisse, und dafür setze ich mich mit meiner Familienpolitik ein.

Wie das in der Praxis geht, zeigt zum Beispiel die Deutsche Telekom.

Die Telekom hat im letzten Jahr einen „Generationenvertrag zum altersgerechten Arbeiten“ abgeschlossen und stößt damit bei den Beschäftigten auf großes Interesse.

Solche Regelungen möchte ich öfter sehen.

Deshalb werbe im Rahmen der Familienpolitik für flexible Arbeitszeiten bei den Unternehmen, damit Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit so in ihr Leben integrieren können, wie es ihnen passt.

IV.

Eine Politik für ältere Menschen, die sich an der Vielfalt des Alters orientiert, muss aber auch diejenigen im Blick haben, bei denen die Kraft nachgelassen hat und Unterstützung für diejenigen bieten, die hilfs- und pflegebedürftig sind.

Wir wissen, dass die meisten Menschen auch bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich selbstbestimmt und in ihrem gewohnten Umfeld bleiben wollen.

Und wie Sie auch in ihrem Leitantrag schreiben, wird ein erheblicher Teil der Betreuung Pflegebedürftiger in ihrem gewohnten Umfeld durch Angehörige abgedeckt.

Viele von Ihnen wissen – vielleicht sogar aus eigener Erfahrung –, dass Pflege eine große physische, aber auch eine immense psychische Belastung ist.

Das hat viele Gründe:

- In der Pflege gibt es nun mal, im Gegensatz zur Kindererziehung, in der Regel eine negative Entwicklung.
- Es ist schwer absehbar, wann die Pflegezeit „endet“.
- Und es ist auch nichts, worüber man so gern spricht. Nur die wenigsten Menschen haben ein Foto der demenzkranken Mutter auf dem Schreibtisch stehen. Das von der kleinen Tochter stellt man sich lieber neben den Computer.

Wenn neben dieser psychischen Belastung noch die Vereinbarkeit mit dem Beruf ein Problem wird, ist leicht nachvollziehbar, dass dann ganz viele Menschen sagen müssen: „Das packe ich nicht!“.

Diese Pflegenden scheiden dann ganz aus dem Beruf aus. In der Regel sind es Frauen im Alter um die 55 Jahre, um die es hier geht.

Es ist klar, dass das in vielen Fällen bedeutet, dass eine Rückkehr in den Beruf überhaupt nicht mehr möglich ist.

Wenn aber schon in diesem Alter die Berufstätigkeit beendet wird, sinkt das dringend benötigte Einkommen – und die Gefahr der Altersarmut steigt.

Deshalb habe ich ein Konzept entwickelt für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf – die Familienpflegezeit.

Das war das erste Gesetzesvorhaben, das ich angestoßen habe, als ich Familienministerin geworden bin.

Mir war wichtig, dass wir das Thema „Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“ genauso ernst nehmen wie das Thema „Vereinbarkeit von Kind und Beruf“.

- Im Rahmen der Familienpflegezeit sollen Menschen für zwei Jahre ihre Berufstätigkeit auf beispielsweise 50% reduzieren können und gleichzeitig in dieser Zeit 75% ihres Gehaltes bekommen.
- Wenn sie nach den zwei Jahren wieder 100% arbeiten, sollen diese Menschen weiterhin 75% ihres Gehaltes bekommen, bis das Lohn- und Zeitkonto wieder ausgeglichen ist.

Das ist die Grundidee.

Die Familienpflegezeit habe ich Mitte 2010 vorgestellt.

Mittlerweile ist das Gesetz in Kraft getreten:

zum 1. Januar 2012.

Natürlich löst die Familien-Pflegezeit nicht alle Probleme, die uns angesichts der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen noch erwarten!

Aber die Familienpflegezeit ist ein wichtiger Schritt!

Denn sie deckt eine ganze Reihe von Bedürfnissen ab, die wir mit Geld allein niemals abdecken könnten:

- das Bedürfnis kranker und älterer Menschen, so lange wie möglich zuhause bei der Familie zu bleiben.
- das Bedürfnis der Angehörigen, ihren nächsten Verwandten einen würdigen Lebensabend zu schenken.
- das Bedürfnis dieser pflegenden Angehörigen, berufstätig zu bleiben, weil sie ihr Einkommen brauchen.

Und die Familienpflegezeit nützt dabei gerade Beziehern geringer Einkommen:

Wenn diese Menschen heute eine pflegebedingte Auszeit nehmen, verlieren sie ja nicht nur ihr Einkommen.

Ihnen droht auch die Altersarmut, weil sie während der Pflege meist nicht erwerbstätig sind und keine eigenen Rentenbeiträge einzahlen.

Die Familienpflegezeit verhindert genau das.

Denn währenddessen bekommen Arbeitnehmer

Rentenpunkte für ihren Arbeitslohn.

Zusätzlich bekommen sie noch Rentenpunkte durch die Leistungen der Pflegeversicherung zur Rente der pflegenden Angehörigen.

Im Ergebnis ist das gerade bei Arbeitnehmern in den unteren Einkommensgruppen sogar mehr, als sie in dieser Zeit im Vollzeit-Arbeitsverhältnis ohne Pflege bekämen!

Die Familienpflegezeit ist deshalb in jeder Hinsicht ein Beitrag zur sozialen Sicherheit im Alter.

Wir nehmen damit die Bedürfnisse der vielen Menschen in Deutschland ernst, die für ihre Angehörigen da sein wollen.

Denn um diese Bedürfnisse geht es,

und deshalb regt mich ein Einwand ganz besonders auf,

der in der Diskussion über die Familienpflegezeit

vor allem von den Grünen immer wieder gebracht wurde.

Der Einwand lautete, der Familienpflegezeit läge ein veraltetes Familienbild zugrunde.

Renate Künast, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, hat das so formuliert und gleich noch erläutert, was sie unter einem *modernem* Familienbild versteht.

Nach ihrer Meinung bräuchten Menschen, deren Angehörige pflegebedürftig werden, zwei Monate eine Freistellung vom Beruf, damit sie in diesen zwei Monaten die Pflege „organisieren“ könnten.

Organisieren - was heißt das denn?

Was ist das für ein Menschen- und Familienbild?

Das heißt, dass Pflege in der Welt von Frau Künast etwas ist, was innerhalb von zwei Monaten wegorganisiert werden kann, was also offenkundig überhaupt nicht mehr zu Hause stattfindet.

Da kann ich nur sagen: Menschen, die pflegen, die das oft bis an den Rand ihrer physischen und psychischen Leistungsfähigkeit tun, die das sicherlich auch aus Pflichtgefühl, aus Liebe tun, die können alles gebrauchen, nur nicht, dass wir ihnen ein veraltetes Familienbild attestieren.

Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung!

Und deshalb bin ich sehr froh, dass wir die Familienpflegezeit jetzt in Deutschland als Unterstützungsangebot haben.

Ich freue mich, dass das auch immer mehr Arbeitgeber in Deutschland so sehen und für ihre Beschäftigten die Familienpflegezeit anbieten:

Im Juni habe ich beispielsweise die Tengelmann KG besucht, die ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen seit Juni dieses Modell ermöglicht.

Das Thema Pflege bleibt aber auch weiter auf meiner Agenda: Dazu gehört zum Beispiel das Thema Demenz.

Zwei Drittel der Demenzkranken werden in der Familie gepflegt, und das erfordert ein hohes Maß an Geduld und Kraft für beide Seiten.

Wir bereiten im Bundesfamilienministerium deshalb eine „Nationale Allianz für Demenz“ mit regionalen Hilfenetzwerken vor, um Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen besser zu unterstützen und um diese Krankheit endlich zu enttabuisieren.

In diesem Rahmen arbeiten zum Beispiel auch die Mehrgenerationenhäuser mit der Deutschen Alzheimer Gesellschaft zusammen, um ihre Angebote für Demenzkranke zu verbessern.

Die Allianz für Demenz ist auch Bestandteil der Demografiestrategie der Bundesregierung.

Die Demografiestrategie wurde im Frühjahr verabschiedet. Bis Mai 2013 werden ausgewählte Themen in Arbeitsgruppen weiter entwickelt.

V.

So – dafür, dass Sie mir anfangs vielleicht zu wenig eigene Betroffenheit in der Seniorenpolitik unterstellt haben, habe ich jetzt doch ganz schön lange Ihre Aufmerksamkeit beansprucht.

Aber Seniorenpolitik betrifft eben nicht nur Menschen jenseits der 60.

Politik für ältere Menschen betrifft auch meine Generation.

Nicht nur, weil auch wir einmal alt sein werden.

Sondern weil wir schon heute von einer Politik profitieren, die den Zusammenhalt der Generationen fördert.

Denn jede Generation
ist auf die anderen Generationen angewiesen
und wird es im demografischen Wandel immer stärker sein.

Vor kurzem habe ich dazu einen Fachartikel gelesen,
von dem ich Ihnen am Schluss noch erzählen möchte:

„Kultursprung durch Großeltern“ lautete der vielsagende Titel,
der mich neugierig gemacht hat.

Eine Professorin für Anthropologie aus Michigan (Rachel Caspari)
präsentierte darin Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit.

Sie konnte nachweisen, dass erst die Wissensweitergabe
der Generationen untereinander – insbesondere die
Erfahrungen, die die Älteren an die Jüngeren weitergeben - vor
30.000 Jahren den modernen Menschen entstehen ließen.

Vor 30.000 Jahren nämlich fand eine Veränderung im
Altersgefüge der Menschen statt –
und zwar eine so einschneidende Veränderung, dass sie mit
unserem heutigen demografischen Wandel vergleichbar ist:

Es gab auf einmal eine wesentlich höhere Anzahl Älterer in der
Bevölkerung – mit gravierenden Folgen.

Zugespißt formuliert:

Erst als es eine größere Anzahl von älteren Menschen gab, die Erfahrung und Wissen weiter gaben, konnte sich der moderne Mensch entwickeln.

Das fand ich insofern interessant, als es meistens nur um junge Menschen geht, wenn von kulturellem Wandel die Rede ist: Die Ideen, die Kreativität, und auch den Wagemut, der nötig ist, um gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken, schreiben wir der jungen Generation zu.

Kultureller Wandel braucht aber offenbar beides:

- das Erfahrungswissen der Älteren
- und den Pioniergeist der Jüngeren.

Ich möchte mit meiner Politik dazu beitragen, dass wir beides für die Veränderungen fruchtbar machen können, die unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren bevorstehen! Und ich weiß, dass ich dabei mit der Senioren-Union einen starken Partner an meiner Seite habe. Für Ihr Engagement danke ich Ihnen herzlich und wünsche Ihnen eine erfolgreiche und fruchtbare Bundesdelegiertenversammlung!